



Piltz, Andreas  
Rohde, Monika

Vertreter der Kath. Kirche  
Jugendbeauftragte des  
Polizeikommissariats  
Wolfenbüttel  
Leiterin des Jugendamtes  
Kreisjugendpfleger

Walter, Sabine  
Ziebarth, Carsten

### **Landrätin**

Steinbrügge, Christiana

### **Von der Verwaltung**

Alpert, Frank

Abteilungsleiter Jugend- und  
Erziehungshilfe  
Stellv. Abteilungsleiterin  
Wirtschaftliche Jugendhilfe

Banis, Susanne

Böttcher, Bettina

### **Protokollführer**

Curland, Hans-Otto

### **Als Gäste**

Manthey, Bernd  
Zabel, Reinhard  
Bandelow, Nils Prof. Dr.  
Reiner, Judith  
Tomm, Laura

Allianz für die Region GmbH  
Allianz für die Region GmbH  
TU Braunschweig  
Studentin TU Braunschweig  
Studentin TU Braunschweig

### **Es fehlen:**

### **Beratende Mitglieder**

Benli, Ekrem

Interessenvertreter der  
ausländischen Kinder und  
Jugendlichen  
Vertreterin der Ev. Kirche  
Gleichstellungsbeauftragte

Klinge, Ute  
Löb, Susanne

---

### **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22. Juni 2015 (§§ 23, 4d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)

- 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
  - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)
  6. Anträge (§§ 23, 4f GO)
  7. Bericht der Allianz für die Region zum aktuellen Sachstand des Moduls "KoPra - Kompetenz und Praxis" im Übergangmanagement Schule - Beruf des Landkreises Wolfenbüttel  
Mündlicher Vortrag durch die Allianz für die Region
  8. Schulsozialarbeit, Weiterführung der sozialpädagogischen Stellen
    1. in der IGS Wallstraße,
    2. in den GrundschulenVorlage: XVII-0617/2015
  9. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
  10. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)
- 

## **Öffentliche Sitzung**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende, KAbg. Brandes, eröffnet um 16:00 Uhr die 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des XVII. gewählten Kreistages.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)**

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)**

Die Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung fest. Änderungsanträge liegen nicht vor und werden nicht gestellt.

### **TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22. Juni 2015 (§§ 23, 4d GO)**

Die Ausschussvorsitzende stellt das Protokoll über die 18. Sitzung vom 22. Juni 2015, das allen Kreistagsabgeordneten und übrigen Mitgliedern übersandt worden ist, zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig nachstehenden

## **Beschluss:**

Das Protokoll über die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22. Juni 2015 wird genehmigt.

### **TOP 5      Anfragen (§§ 23, 4e GO)**

#### **TOP 5.1    Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)**

Anfragen aus dem Kreis der Einwohnerinnen und Einwohner gibt es nicht.

#### **TOP 5.2    Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)**

Anfragen von Kreistagsmitgliedern / Ausschussmitgliedern gibt es nicht.

### **TOP 6      Anträge (§§ 23, 4f GO)**

Anträge werden nicht gestellt.

### **TOP 7      Bericht der Allianz für die Region zum aktuellen Sachstand des Moduls "KoPra - Kompetenz und Praxis" im Übergangmanagement Schule - Beruf des Landkreises Wolfenbüttel Mündlicher Vortrag durch die Allianz für die Region**

Frau Walter berichtet zunächst über den Ursprung des Übergangsmagements Schule – Beruf. Es habe im Jahr 2009 in Stadt und Landkreis überdurchschnittlich viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss, ohne Ausbildungsplatz oder in Warteschleifen, sowie Ausbildungsplatzabbrecher gegeben. Zur Abhilfe sei eine Projektgruppe gegründet worden. Ziel sei der Aufbau eines strukturierten Übergangsmagements gewesen. Auch die Vorbereitung auf eine geeignete Berufswahl sollte getroffen werden. Die Fachgruppe habe sich für diese freiwillige Aufgabe durch die Uni Münster beraten lassen. Die Federführung dieses Projektes, als Schnittstelle von Schule, Jugendhilfe, Kommune und Wirtschaft, sei beim Jugendamt angesiedelt worden.

Das System bestehe aus drei Säulen:

- Etablierung von Schulsozialarbeit mit alleiniger Finanzierung durch den Landkreis Wolfenbüttel
- Etablierung einer Koordinierungsstelle mit alleiniger Finanzierung durch den Landkreis Wolfenbüttel
- ein flächendeckendes System für alle Schülerinnen und Schüler mit der Möglichkeit einer vertieften Berufsorientierung, finanziert durch den Landkreis Wolfenbüttel, die Stadt Wolfenbüttel, die Bundesagentur für Arbeit und die Allianz für die Region GmbH. Hierbei handelt es sich um das Modul KoPra WF – Kompetenz und Praxis Wolfenbüttel, organisiert von der Allianz.

Dieses Projekt sei mit den 3 Säulen nach politischem Beschluss in den Jahren 2010 bis 2012 ausgeführt worden. Nach der Evaluation im Jahr 2012 habe der Kreistag beschlossen, dass die Aufgabe der Optimierung des Übergangs zwischen Schule und Beruf möglichst mit anderen Beteiligten gemeinsam dauerhaft wahrgenommen werden soll.

Für die Allianz für die Region GmbH erläutert Herr Zabel anhand einer Power Point Präsentation die Programmziele, das gemeinsame Basisangebot und den Nutzen für die Beteiligten des Projektes KoPra WF. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

Die TU Braunschweig hat diese Vertiefung der Berufsorientierung evaluiert. Herr Professor Dr. Nils C. Bandelow präsentiert mit den Studentinnen Frau Judith Reiner und Frau Laura Tomm die Evaluation. Die Präsentation ist als Anlage 2 dem Protokoll beigefügt.

**TOP 8 Schulsozialarbeit, Weiterführung der sozialpädagogischen Stellen**  
**1. in der IGS Wallstraße,**  
**2. in den Grundschulen**  
**Vorlage: XVII-0617/2015**

Frau Walter erläutert die Vorlage. Sie weist eingangs darauf hin, dass für die IGS Wallstraße und auch die Grundschulen bereits mehrfach die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit bekräftigt worden wäre. Die Projektphasen seien durchlaufen, evaluiert und als erfolgreich festgestellt worden. Die Entscheidung für den Regelbetrieb sei bereits getroffen worden. Die Befristung erfolge im Hinblick auf eine Entscheidung des Landes, für welche Aufgaben der Schulsozialarbeit es sich zuständig sehe. Eine Nachfrage im Kultusministerium habe ergeben, dass im Jahr 2016 mit einer konkreten Planung zu rechnen sei.

In der Hoffnung auf eine Regelung im Jahr 2016, sei die Befristung fortzusetzen. Gleichwohl sei den Schulen, als auch den eingesetzten Personen, deutlich zu signalisieren, dass die Schulsozialarbeit fortgesetzt werde und keine Lücke entstehe. Dies sei bei einer steigenden Zahl von Flüchtlingskindern in den Schulen umso wichtiger.

Landrätin Steinbrügge ergänzt, dass vom Kultusministerium ein ganzes Paket abzarbeiten sei. Hinsichtlich der Schulsozialarbeit habe aktuell eine Anfrage an das Ministerium ergeben, dass im Laufe des nächsten Jahres mit einer Entscheidung zu rechnen sei. Sie möchte der Entwicklung auf Landesebene nicht vorgreifen und schlägt daher vor, bei einer Befristung der Stellen zu bleiben.

In der anschließenden Diskussion zwischen KAbg. Großer, KAbg. Deitmar und Landrätin Steinbrügge wurde einvernehmlich bekräftigt, dass die Schulsozialarbeit unerlässlich und notwendig sei. Dieser Forderung werde über den Niedersächsischen Landkreistag Nachdruck verliehen.

KAbg. Deitmar hält es für erforderlich, ein klares Signal zu setzen, stellt den Antrag auf Entfristung der befristeten Stellenanteile und um Berichtigung der Beschlussempfehlung.

KAbg. Barkhau erklärt, dass sich seine Fraktion diesem Antrag anschließen werde.

Herr Hagedorn spricht sich dafür aus, den Beschluss nicht zu ändern, um den Druck auf das Land zu erhöhen. Die Personen seien arbeitsrechtlich aufgrund der Beschäftigungsdauer ohnehin aus der Befristung herausgefallen. Unabhängig von den Personen ginge es um die Finanzierung der Schulsozialarbeiterstellen. Landrätin Steinbrügge fügt dem hinzu, dass keine Tatsachen geschaffen werden sollten, die dazu führen könnten, dass das Land nicht mehr eintreten müsse.

KAbg. Deitmar halte es für wichtig ein klares Signal zu setzen. Die Qualitätskriterien seien sicherzustellen. Für KAbg. Großer sei die Sicherstellung der Schulsozialarbeit ebenfalls wichtig. Sie pflichtet Landrätin Steinbrügge bei, dass das Land weiterhin in der Verantwortung bleiben müsse, die Schulsozialarbeit zu fördern. Eine mögliche Entfristung müsse in der Fraktion besprochen werden. Auf den Antrag des KAbg. Deitmar könne sich nur enthalten werden.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

**Beschlussempfehlung:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt mit 4 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen und einer Gegenstimme dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Zu 1: In der IGS Wallstraße wird der bisher befristete Stellenanteil von 0,5 (S 11 TVöD) unbefristet weitergeführt. Die Mittel werden in den Haushalt 2016 eingestellt.

Zu 2: In den Grundschulen wird im bisherigen Umfang Sozialarbeit mit Stellenanteilen von 6 x 0,5 (S 11 TVöD), 3 x 0,25 (S 11 TVöD) und 1 x 0,25 Leitung (S 12 TVöD) unbefristet weitergeführt. Die Mittel werden in den Haushalt 2016 eingestellt.

**TOP 9      Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten  
(§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 16, 4 j GO)**

Es gibt keine Unterrichtungspunkte.

**TOP 10     Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)**

Anfragen aus dem Kreis der Einwohnerinnen und Einwohner gibt es nicht.

Die Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der 19. Jugendhilfeausschusssitzung des XVII. gewählten Kreistages um 17:30 Uhr. Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet am 16. November 2015 statt.

Vorsitzender

Protokollführer/in